

Änderungsantrag

der Abgeordneten Burgmann, Verheyen (Bielefeld) und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985
hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft
— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2309, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Als Teil eines Entgiftungsprogramms wird in Kapitel 09 02 folgender neuer Titel eingestellt:

„Titel 892 08 Konversion der Chemieindustrie 200 000 000 DM

Für die Jahre 1986 bis 1990 sind Verpflichtungsermächtigungen von jährlich 2 000 000 000 DM einzustellen.

Erläuterung:

Aufgabe der sektoralen und regionalen Wirtschaftspolitik ist es, durch unterstützende Maßnahmen die Konversion der Chemieindustrie zu beschleunigen bzw. überhaupt erst zu ermöglichen. Als konkrete Hilfen sind erforderlich:

Eine umfassende Bewertung chemischer Produkte und Produktionsbereiche

- Finanzierung von betrieblichen Konversionskomitees,
- Finanzierung von Modellanlagen und -versuchen,
- Bereitstellung von günstigen Krediten/Steuererleichterungen,
- Beratungshilfe (Information, Koordinierung, Auswertung),
- begleitende Forschung und Evaluierung,
- außenwirtschaftliche Absicherung gegen umweltgefährdende Konkurrenten,
- begleitende Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme,
- Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen durch Änderung z. B. des Konkurs- und Genossenschaftsrechts.

Die Vergabe dieser Mittel ist über Konversionskomitees zu organisieren, deren Zusammensetzung eine Vertretung der Interessen von Belegschaften und betroffenen Menschen aus der Umgebung der Chemiebetriebe ebenso ermöglicht wie die der Verbraucher (Viertelparität für Unternehmervertreter, Beleg-

schaften, Bürgerinitiativen und Verbraucherverbände). Die Konversionskomitees haben zu prüfen, wie den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Konversion, d. h.

- Aufbau auf den vorhandenen Qualifikationen der Belegschaften und den gegebenen Produktionsmitteln,
- Beteiligung der betroffenen Arbeitnehmer, Anwohner an den Unternehmensentscheidungen,
- ausreichende Fundierung der Konversionsplanung in bezug auf Produktions-, Absatz- und Personalplanung,

Genüge getan wird und ggf. Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten.

Nach einer Anlaufphase, in der die gesellschaftliche Bewertung verschiedener chemischer Produkte im Mittelpunkt der Überlegungen stehen muß, sind Konsequenzen aus den Arbeitsergebnissen zu ziehen: Die Bundesregierung wird erhebliche Mittel einsetzen müssen, um den betrieblichen Anpassungs- und Umstellungsprozeß durchzusetzen – neben gesetzlichen Ge- und Verboten, auf die angesichts lebensgefährdender Folgen zahlreicher chemischer Produkte nicht verzichtet werden kann."

Bonn, den 26. November 1984

Burgmann

Verheyen (Bielefeld)

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Chemieindustrie gehört zu den Sektoren der Wirtschaft, die mit ihrem industriellen Stoffwechsel, ihren Produktionsverfahren und Produkten in immer erheblicherem Maße zur Vergiftung der Menschen und der Umwelt beitragen. Der hohe Einsatz an Energie, giftigen Chemikalien – deren Transport und Lagerung allein schon große Gefahren für Menschen und Umwelt mit sich bringen – und die nach Zehntausenden zählenden neuen synthetischen Stoffe, deren Toxizität weder einzeln noch in ihrem synergetischen Zusammenwirken untersucht ist, machen die Chemieindustrie zu einem immer größeren Gefahrenpotential für die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Hinzu kommen große Mengen an toxisch hochwirksamen Abfällen und Nebenprodukten der Produktion wie Schwermetalle in Kunststoffen, Dioxin in der Abluft oder Einleitung von Säuren in die Abwässer.

Zudem ist die Chemieindustrie der größte Produzent von Einweg- und Einmal-Gegenständen, bei denen der große Ressourceneinsatz nicht erneuerbarer Rohstoffe einem gesellschaftlich immer fragwürdigeren Nutzen gegenübersteht. Dabei sind viele chemische Produkte leicht durch mechanische Verfahren zu ersetzen, die umwelt- und sozialverträglich sind und die durch Chemie wegen kurzfristiger Vorteile verdrängt worden sind.

Auch der Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und Medikamenten wird von kritischen Wissenschaftlern wegen ihrer fraglichen Ergebnisse und hohen Folgekosten und -wirkungen abgelehnt. Das Verbot zahlreicher Chemikalien, der Abbau bestimmter chemischer Branchen und die Umstellung von chemischen Betrieben auf neue Produktionsbereiche sind nach heutigem Erkenntnisstand unvermeidlich.

